

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 227-2017
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion:
Geschäftsnummer: 2017.RRGR.579

Eingereicht am: 12.09.2017

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Gabi Schönenberger (Schwarzenburg, SP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 22

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Volkswirtschaftsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Konkrete Massnahmen einleiten, um der Problematik der langzeitarbeitslosen und ausgesteuerten Personen entgegenzuwirken und eine Verlagerung in die Sozialhilfe zu verhindern

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. schnellstmöglich konkrete Massnahmen einzuleiten, um der Problematik der langzeitarbeitslosen und ausgesteuerten Personen entgegenzuwirken und eine Verlagerung in die Sozialhilfe zu verhindern
2. in einem konkreten Zeitplan aufzuzeigen, welche Schritte er bis wann erreichen will
3. aufzuzeigen, mit welchen konkreten Mitteln er die Wirtschaft vermehrt einbinden will

Begründung:

Die auf dem Arbeitsmarkt real existierenden Schwierigkeiten von ausgesteuerten Langzeitarbeitslosen, besonders der Personengruppe der Ü55/(Ü50)-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, soll konkret angegangen und mit gezielten Massnahmen rasch entschärft werden.

Die Zahlen der (frisch) ausgesteuerten Personen, die auch nach fast zwei Jahren intensiver Arbeitssuche und Bezug von Arbeitslosengeldern am Schluss noch immer ohne Job dastehen, sprechen eine deutliche Sprache. Beinahe 30 Prozent der Ausgesteuerten sind nämlich über 50 Jahre alt. Die Zahl der älteren Sozialhilfebezüger steigt stetig. Gerade in Bern nahm die Sozialhilfebezügerquote in der Alterskategorie 56-64 Jahre am stärksten zu.

Die Ausgesteuerten wieder in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern, ist oft ein schwieriges Unterfangen, obwohl nicht wenige unter ihnen top ausgebildet, erfahren und bestens qualifiziert sind. Kann es im Interesse des Kantons und des Regierungsrates sein, dass arbeitswillige, qualifizierte, gesunde, potentielle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Sozialhilfe landen oder – noch schlimmer – dort auch verbleiben? Sieht der Regierungsrat diesbezüglich nicht auch dringlichen Handlungsbedarf? Es liegt auf der Hand, dass die Integration von nicht erwerbstätigen Personen in den Arbeitsmarkt unter finanziellen wie sozialpolitischen Gesichtspunkten die beste Optimierungsmassnahme für die Sozialhilfe ist.

Der Regierungsrat muss nun mit konkreten, geeigneten Massnahmen gegen Langzeitarbeitslosigkeit und Austerung von Personen, insbesondere in der Alterskategorie der Ü55, im Kanton Bern einschreiten, um diese Situation zu entschärfen.

Der Regierungsrat muss Mittel und Wege finden, mit denen er das Potenzial der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder besser abschöpfen kann, anstatt diese Menschen in die Sozialhilfe zu verlagern. Gerade auch vor dem Hintergrund der demografischen Situation und deren zukünftigen Entwicklung interessiert es besonders, mit welchen konkreten Massnahmen man wieder eine bessere Partizipation der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erreichen kann.

In der Antwort des Regierungsrates auf die Interpellation I 086-2017 wird kaum erläutert, was der Regierungsrat wirklich konkret zu tun gedenkt. Im Zusammenhang mit der SHG-Revision sollen zwar «Begleitmassnahmen zur Integration» entwickelt werden. Ein Teil des beim gekürzten Grundbedarf eingesparten Betrages soll wieder investiert werden (siehe Vortrag zur SHG-Revision, Ziff. 7, Seite 22). Vorgesehen sind insbesondere Projekte für Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger über 50 Jahre. Aber was genau, ist noch ziemlich offen.

Gemäss Medienmitteilung vom 7.9.2017 gedenkt die Gesundheits- und Fürsorgedirektion zwar eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die Lösungen suchen soll, um eine bessere Arbeitsintegration von Sozialhilfebezügerinnen und -bezügern, anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen zu erreichen – vergisst aber dabei beispielsweise die Arbeitsintegration von Ausgesteuerten, die keine Sozialhilfe beziehen.

Dass der Regierungsrat das Anliegen aufgenommen hat und die Wirtschaft stärker einbeziehen will, ist gut, es braucht aber klare Vorgaben, welche Ziele man bis wann erreichen will, und wie er die Wirtschaft konkret vermehrt einbinden will, sonst bleibt das Ganze zahnlos und verläuft im Sande, und eine wirkliche Dynamik würde ausbleiben.

Verteiler

- Grosser Rat